

Der FUNK

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Fank“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 3.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 10, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909
Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.)

NUMMER 292 A

BERLIN • Dienstag, den 10. Januar 1933.

2. JAHRGANG

Der Mord an China wird international toleriert

Herr Roos kehrt ins politische Leben zurück.

G. K. Der Finanzminister der Süd-Afrikanischen Union (SAU), M. H a v e n g a, veröffentlichte am 29. Dezember 1932 eine Erklärung, derzufolge seine Regierung die Einlösbarkeit der Banknoten gegen Gold nicht aufrechterhalten könne, da seit der Rückkehr des Herrn T i l m a n R o o s ins politische Leben die Kapitalflucht eine ungeheure Ausdehnung angenommen habe.

Wer ist dieser Herr Roos und warum konnte sein Wiedererscheinen auf der politischen Bühne eine derartige Panik hervorrufen, daß die südafrikanische Regierung eine der wesentlichsten Bedingungen der Goldwährung aufgegeben hat?

T i l m a n R o o s war früher Mitglied der jetzigen Regierung des Generals H e r t z o g, die er vor einiger Zeit, angeblich aus Gesundheitsrücksichten, verlassen hat, um sich ausschließlich seiner juristischen Tätigkeit zu widmen. Er gehörte der Partei des Generals H e r t z o g, der Nationalistischen Partei Süd-Afrikas, an. Kürzlich ist er mit einem Plan an die Öffentlichkeit getreten, eine nationale Regierung zu bilden, die gemäß einer Rede, die er am 28. Dezember 1932 in Johannesburg gehalten hat, auf den folgenden drei Grundätzen beruhen soll: 1. soll sie eine wirklich weitreichende Koalitionsregierung sein; 2. soll sie die Rassenstreitigkeiten zwischen Engländern und Holländern (Buren) ausschalten; 3. soll sie die süd-afrikanische Währung vom Gold lösen.

Um zu verstehen, was diese drei Punkte bedeuten, müssen wir einen Blick auf die neueste Geschichte der SAU werfen.

In der SAU gibt es im wesentlichen drei große Parteien: die Arbeiterpartei, die fast ausschließlich aus Gewerkschaftlern englischer Herkunft besteht, die Süd-Afrikanische Partei unter General S m u t s, die vorwiegend englandfreundlich ist, und die Nationalistische Partei unter General H e r t z o g, die viele Buren umfaßt und die völlige Loslösung der SAU vom britischen Weltreich wünscht.

Bis 1924 war die Süd-Afrikanische Partei an der Macht. In jenem Jahre fanden Wahlen statt, bei denen die Arbeiterpartei mit den Nationalisten zusammenging, um General S m u t s zu schlagen. Dies gelang. Es wurde eine Regierung aus Vertretern der Nationalisten und der Arbeiterpartei gebildet. Wie vorauszusehen war, gerieten die Arbeitervertreter in das Schlepptau der Nationalisten und verloren unter der Arbeiterschaft immer mehr an Vertrauen. Es kam sogar in Fragen der Regierungsbeteiligung zu einer Spaltung der Arbeiterpartei, die bei den Wahlen des Jahres 1929 in zwei Gruppen kämpfte. Viele Wähler wandten sich enttäuscht von der Arbeiterpartei ab, sodaß sie fast alle Sitze im Parlament verlor. Die Nationalisten waren nicht mehr auf die Koalition mit der Arbeiterpartei angewiesen und konnten ungehindert ihren arbeitserfindlichen Kurs verfolgen. Das hindert jedoch zwei Mitglieder der Südafrikanischen Arbeiterpartei nicht daran, auch jetzt noch der Regierung H e r t z o g anzugehören — trotz der Proteste ihrer eigenen Partei.

So ist mit Hilfe der Arbeiterpartei eine höchst reaktionäre Regierung in der SAU zu Stande gekommen, eine Regierung, deren Verhalten gegenüber den Negern an Gemeinheit kaum überboten werden kann.

Nun deuten aber gewisse Anzeichen darauf hin, daß in der letzten Zeit eine Verschiebung der Machtverhältnisse eingetreten ist.

Die Partei des Generals H e r t z o g hat die anti-englische Propaganda mit einer Schärfe betrieben, die auch unter ihren eigenen Anhängern manchen Widerwillen erregt hat.

Das Festhalten an der Goldwährung nach deren Aufgabe in England, das offenbar wesentlich aus nationalistischen Gründen erfolgt ist, hat der Nationalistischen Partei all diejenigen entfremdet, die am Export interessiert sind. Die Gesellschaften, die die Goldminen besitzen, sind aus dem gleichen

Gu-n. Die Meldungen über den Krieg Japans kommen stockend, entscheidende militärische Vorstöße der Japaner sind in den letzten Tagen nicht erfolgt. Angesichts dieses Stockens wird es besonders deutlich, wieviel Zeit ungenutzt verstreicht, die zu nutzen der Völkerbund verpflichtet ist, und gerade jetzt berührt besonders peinlich das hundertprozentige Schweigen der Feigheit, das über Genf liegt, und das die Idee von Genf im Kreise der dort versammelten kapitalistischen Mächte längst jedes Lebens beraubt hat.

Weit peinlicher noch für einen Sozialisten berührt aber in diesen Tagen der Gelegenheit **wirk sam e n H a n d e l n s** das Schweigen seitens der Internationalen, vor allem auch der gewerkschaftlichen Internationalen.

So haben die japanischen Beutemacher Zeit, in Ruhe die weiteren Vorstöße vorzubereiten. In welcher Richtung?

Bedeutsamer als die bei Schanghai kwang fort dauernden kleineren Kämpfe sind die Vorgänge um

die beiden nächsten Objekte des japanischen Angriffs:

1. In der Provinz Jehol, und zwar im östlichen Teil, haben japanische Flugzeuge die chinesischen Stellungen bombardiert. Am Sonntag warfen japanische Flieger über einer Stadt in Jehol Flugblätter ab, die die Besetzung der gesamten Provinz angekündigt.

2. Aus Tsinwangtau, dem Hafen, der nahe bei Schanghai kwang an der Bahn nach Tientsin liegt, fliehen japanische Staatsangehörige auf japanische Kriegsschiffe. Der Kommandant der vor Tsinwangtau liegenden japanischen Kriegsschiffe hat vom Stadtkommandanten die Übergabe der Stadt an die Japaner gefordert. Wenn sich „irgendein Zwischenfall“ ereignen sollte, so würde die Stadt sofort unter Feuer genommen werden. Englische Infanterie ist von Schanghai nach Tsinwangtau beordert worden, um „die englischen Interessen“ dort zu schützen. Diese Interessen beruhen wohl nur z. T. auf der Beteiligung englischen Kapitals bei der Kohlegewinnung der chinesischen „Kailan Mining Co.“, deren Ausfuhrhafen Tsinwangtau ist.

Die Räuber sind entschlossen, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben.

Ihr Hantieren mit den Noten und Vermittlungsversuchen läßt dies von neuem erkennen. Das japanische Außenministerium hat Ende der vergangenen Woche eine chinesische Protestnote den japanischen Lokalbehörden in Peking und Tientsin überwiesen, „da dieser Fall (von Schanghai kwang) nur rein örtliche Bedeutung habe“. Ein Anerbieten des Chefs der englischen Flotte in China, wonach die englische Regierung zur Vermittlung zwischen China und Japan bereit sei, hat der japanische Oberbefehlshaber in Tientsin, N a k a m u r a, im Auftrage seiner Regierung abgelehnt. Da die Ausflucht mit den Lokalbehörden hier nicht einleuchtend gewesen wäre — denn der Oberbefehlshaber selber ist eine Lokalbehörde —, wurde ein anderes Argument hervorgebracht: der britische Admiral solle sich mit seinem Vermittlungsvorschlag an die chinesischen Behörden wenden; die Japaner könnten Verhandlungen nicht anknüpfen, solange die Chinesen nicht die bekannten japanischen Forderungen angenommen hätten. (Diese Forderungen laufen auf eine Legalisierung und Sanktionierung des bisherigen japanischen Raubes hinaus.) Es

Grunde der Regierung unfreundlich gesinnt. Dann die Entwertung des süd-afrikanischen Pfundes würde ihre Gewinne erheblich vergrößern: Für Löhne und die übrigen Kosten würden sie mindestens zunächst nur ebenso viel aufwenden, für das Gold aber mehr Papierpfund erhalten.

Ferner hat die Regierung, um den Staatshaushalt zu sanieren, die Löhne der Eisenbahner und anderen Staatsarbeiter gekürzt.

Dies alles hat zur Folge gehabt, daß die Nationalistische Partei bei den Parlamentsersatzwahlen in Germiston eine schwere Niederlage erlitten hat. Und zwar haben die meisten Wähler in dieser Arbeiterstadt für die Süd-Afrikanische Partei gestimmt. Zur Arbeiterpartei haben sie noch kein Vertrauen wiedergewonnen.

Der Ausgang dieser Ersatzwahlen und mancherlei andere Anzeichen haben die Regierung H e r t z o g sehr unsicher gemacht. Als nun Herr R o o s mit der Absicht auf dem Plan

AUS DEM INHALT:

England im dritten Krisenjahr.

Blutopfer der Politik.

Weltfriede und Arbeiter-Bewegung.

Zum neuen Arbeitsbeschaffungsgeschwätz.

Noch immer Lohnabbau.

Die Generale der Republik.

Ist klar: die Japaner wollen zur Zeit noch keine „Beilegung“ des Konflikts.

Welche Rolle spielt Nanking?

Von der chinesischen Zentral-Regierung hört man bisher kein klares Wort. Generale aus ganz China haben sie mit Telegrammen bombardiert, in denen ein großer nationaler Verteidigungskrieg gefordert wird. Nach einer Kabinettsitzung, die am Freitag unter dem Vorsitz T s c h i a n g K a i - S c h e k s stattgefunden hat, wurde ein Aufruf der Regierung an das chinesische Volk angekündigt: es solle den Feldzug gegen die japanischen Einbrecher unterstützen. Bisher ist uns von einem solchen Aufruf nichts bekannt geworden.

Es mag sein, daß die militärische Machtlosigkeit Chinas eine kriegerische Gegenwehr als Wahnsinn erscheinen läßt.

Dann bestände immerhin noch die Möglichkeit, dies klipp und klar zu sagen und den Völkerbund vor eine Entscheidung zu stellen, der er nicht ausweichen kann.

Es bestünde die Möglichkeit, vor dem Forum der Welt die wortbrüchigen Machthaber in Genf daran zu erinnern, daß der Artikel 16 der Völkerbundssatzung so beginnt:

„Falls eines der Bundesmitglieder entgegen den Verpflichtungen, die es durch die §§ 12, 13 und 15 übernommen hat, zum Kriege schreitet, wird es ohne weiteres so angesehen, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen. Die verpflichteten sich, unverzüglich alle Handels- oder Finanzbeziehungen zu ihm abzubrechen... und die Einstellung aller finanziellen, Handels- oder persönlichen Verbindungen zwischen den Angehörigen dieses Staates und denjenigen jetzt anderen Staates, gleichviel ob er Bundesmitglied ist oder nicht, zu veranlassen...“

Der chinesische Botschafter in London hat am Dienstag erklärt, er werde am Donnerstag nach Genf reisen und auf eine Stellungnahme des Völkerbundes drängen. Der Chinese brauchte damals sehr empörte Worte und meinte mit Recht: lieber solle Japan aus dem Völkerbund verschwinden als daß dieser weiter seine Pflicht verletzte. Der genannte Donnerstag ist vorbei. Aus Genf hören wir nichts von einem chinesischen Schritt.

Nanking treibt also eine Politik der Tatenlosigkeit, des Aufschiebens,

und es ist eines der noch zu erörternden Probleme der Fernost-Politik, die Gründe dieser Politik Nankings zu erkennen, um sie vom international-sozialistischen Standpunkt beurteilen zu können.

erschien, mit Hilfe des Generals S m u t s, der unzufriedenen Nationalisten und der Reste der Arbeiterpartei eine Koalitionsregierung zu schaffen, mußte die Regierung mit einer Niederlage im Parlament und für sie ungünstige Neuwahlen rechnen. Dies erkannten auch die Finanzmächte und sahen tiefgehende politische Wirren im Lande voraus. Dies scheint sie dazu veranlaßt zu haben, rasch große Kapitalmengen ins Ausland zu bringen.

Um der dadurch entstehenden Gefahr eines Zusammenbruches der Währung zu entgehen und um die Parteigegner in wenigstens einem Punkte zu versöhnen, gab die Regierung die Einlösbarkeit der Banknoten in Gold preis.

Mit welchem Erfolge, bleibt abzuwarten. Jedenfalls rechnet die Regierung selber nicht damit, daß sie noch lange im Amte bleiben wird. Die Nationalpartei verbreitet die Nachricht, daß das Kabinett H e r t z o g nicht vor dem Wiederzusammentritt des Parlamentes am 20. Januar zurücktreten

werde. Wenn das Parlament dann gegen die Regierung stimmen werde, sei mit der Auflösung und der Ausschreibung von Neuwahlen zu rechnen. Sollte es Herrn Roos dann gelingen, seine Koalitionsregierung zu bekommen, so ist damit keineswegs sicher, daß die Regierung sich in besseren Händen befinden wird. Solange die Süd-Afrikanische Partei sich in Opposition befand, konnte man damit rechnen, daß sie

den reaktionären Maßnahmen, die gegen die Neger gerichtet sind, einen gewissen Widerstand entgegensetzen würde. Wenn sie jetzt eine Koalition mit den Nationalisten des Herrn Roos eingeht, so ist zu befürchten, daß die Neger den Geist der nationalen Einigkeit (d. h. hier Einigkeit zwischen Engländern und Buren) durch verschärfte Ausbeutung zu fühlen bekommen.

ist lahmgelegt, die wichtigsten Punkte mit Infanterie- und Maschinengewehrabteilungen besetzt. Auf beiden Seiten wurde viel geschossen. Die Aufständischen haben auch von Bomben und Handgranaten Gebrauch gemacht. Es gab bereits zahlreiche Tote und Verletzte.

Das Innenministerium hat bisher keinen Bericht über die Lage in Barcelona herausgegeben. Daher nimmt man an, daß die Lage für sehr ernst gehalten wird, vor allem da in Barcelona zur Zeit — wegen des Ueberganges zur autonomen Regierung — nur geringe Polizeikräfte stationiert sind. Es handelt sich bei dem Aufstand angeblich um die Durchführung der syndikalistischen und kommunistischen Umsturzpläne, die von der spanischen Polizei Ende Dezember entdeckt worden sind.

Regierungskrise in Rumänien.

In Rumänien ist völlig unerwarteter Weise eine Regierungskrise ausgebrochen — unerwartet insofern, als mit einem so schnellen Rücktritt der Regierung, wie er jetzt wahrscheinlich ist, nicht zu rechnen war. Die äußeren Ursachen der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem König und dem Kabinett sind folgende:

Seit einiger Zeit waren in Bukarest Gerüchte im Umlauf über den bevorstehenden Rücktritt der Generale Marinescu und Dumitrescu, die Präfekten der Polizei und Gendarmerie sind. Beide Generale haben zu Neujahr Tagesbefehle an die Polizeitruppen herausgegeben, in denen sie, mit deutlicher Spitze gegen den Innenminister, Michalache erklärten, daß diese Gerüchte aus der Luft gegriffen seien. Der Innenminister hat daraufhin den König gebeten, die Generale zu entlassen. Als der König sich weigerte, dies zu tun, reichte der Innenminister seine Demission ein. Ministerpräsident Maniu stellte sich auf die Seite Michalaches und drohte mit der Gesamtdemission des Kabinetts für den Fall, daß der König die Generale nicht entläßt. Inzwischen ist Titulescu aus der Schweiz nach Rumänien zurückgerufen worden, da er bekanntlich die ausschlaggebende Persönlichkeit in der rumänischen Regierung ist.

Der äußere Anlaß zum Rücktritt, den die Differenz mit dem König gegeben hat, kommt der Regierung Maniu gewiß nicht unangelegen. Die Regierung Maniu ist gebildet worden, weil der vorherige Ministerpräsident Vaida weder in der Frage der russisch-rumänischen Beziehungen, noch in der der Finanzlage Rumäniens eine befriedigende Lösung wußte.

Titulescu wurde damals Außenminister und übernahm es, Rußland gegenüber in der Bessarabien-Frage nicht nachzugeben (was zur Folge hatte, daß, obwohl Polen und Frankreich Nichtangriffspakte mit Rußland abgeschlossen haben, Rumänien keinen solchen Pakt unterzeichnet hat) und die Finanzfrage durch private Unterhandlungen mit den ausländischen Gläubigern zu regeln, um so das Genfer Protokoll zu umgehen. Die Verhandlungen, die inzwischen geführt worden sind, haben nur zu dem Ergebnis geführt, daß die Gläubiger zwar zu Einzelabkommen an Stelle des Völkerbunds-Abkommens bereit sind, aber die gleichen Kontrollrechte in der rumänischen Wirtschaft beanspruchen, gegen die die rumänische Regierung sich im Fall des Genfer Protokolls auflehnte. Jetzt wäre die Regierung Maniu also vor die unangenehme Aufgabe gestellt, offen zu bekennen, daß ihre Versuche mißlungen sind und dann das verhaßte Genfer Protokoll zu unterzeichnen. Sie wird es vorziehen, zurückzutreten und diese Aufgabe ihrem Nachfolger zu überlassen.

Wenn es aber zum Regierungsrücktritt kommt, werden wahrscheinlich Neuwahlen ausgeschrieben werden. Obwohl von freien Wahlen in Rumänien niemals die Rede sein kann, würde die Liberale Partei ans Ruder kommen; denn die Regierung Maniu hat sich bereits hinreichend unbeliebt gemacht und wird wahrscheinlich nicht wieder die Mehrheit erlangen. Eine liberale Regierung würde aber nicht im Interesse des Königs liegen. Es besteht daher die Möglichkeit, daß über kurz oder lang die Diktatur in Rumänien wieder eingeführt wird.

Bombenattentat in Delhi.

Auf die berühmte große Moschee in Delhi wurde am Sonnabend ein Bombenanschlag verübt. Die Attentäter hatten zwei Bomben in die Moschee und eine vor den Eingang gelegt. Die Bombe vor der Moschee explodierte und verwundete zwei Hindus. Die beiden anderen Bomben konnten entfernt werden, ohne daß sie zur Explosion kamen.

Ein Einbruch in die Rüstungsfront.

Ohne auf Abrüstungskonventionen, Gleichberechtigung u. s. w. zu warten, ist Dänemark selbständig daran gegangen, abzurüsten. Und während im Fernen Osten der Krieg wütet und von Genf höchstens noch erwartet wird, daß die Aufrüstung in den nächsten Jahren nicht allzu groß sein wird, setzt die dänische Regierung den Ausverkauf der Kriegsschiffe fort. 4 U-Boote, 3 Torpedoboote und ein Kriegsschiff werden zur Verschrottung verkauft.

Waffenschmuggel von Italien nach Ungarn?

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ berichtet, daß vor einigen Tagen in der Hirtenberger Patronenfabrik 40 Kisten Eisenwaren von einem gewissen Giuseppe Cortesi aus Verona (Italien) angekommen und dann auf ungarischen Automobilen über die ungarische Grenze geschafft worden seien. In diesen Kisten befanden sich, so behaupten mehrere Wiener Linkszeitungen,

Gewehre und Maschinengewehre, die von Italien nach Ungarn geschmuggelt

worden sind. Die österreichische Regierung versuche den Fall zu vertuschen, indem sie erkläre, daß man der Hirtenberger Patronenfabrik Arbeit beschaffen wolle. Die Kisten seien jedoch in genau dem gleichen Zustande abtransportiert worden, wie sie aus Italien angekommen seien. Die Sozialdemokratische Partei habe die Absicht, diesen Fall genau zu untersuchen und die Regierung Dollfuß dafür zur Verantwortung zu ziehen.

Der rote Hahn auf der französischen Handelsflotte.

Eine verdächtige Häufung von Zufällen.

Während die „Atlantique“ noch kaum in den Hafen von Cherbourg eingeschleppt worden ist und man weit davon entfernt ist, sich über die Ursache des Brandes im Klaren zu sein, ist bereits auf anderen Schiffen der französischen Handelsflotte Feuer ausgebrochen. Der 23 700 Bruttoregistertonnen große Ozeandampfer „France“, der im Hafen von Le Havre verankert liegt, ist in der Nacht zum Sonntag in Brand geraten. Wie bei der „Atlantique“ und beim „George-Philippa“ brach das Feuer in den Luxuskabinen 1. Klasse aus und verbreitete sich mit ungeheurer Geschwindigkeit über das ganze Deck. Die gesamte Feuerwehr von Le Havre wurde eingesetzt, um den Brand zu löschen, was ihr nur mit großen Schwierigkeiten gelang. Der größte Teil der Kabinen der ersten Klasse ist völlig ausgebrannt. Die Untersuchung über den Brand hat ergeben, daß dieser auf einen Kurzschluß zurückzuführen ist.

Der französische Ozeanpassagierdampfer „Angkor“ ist in Saigon mit nur einer Schraube eingetroffen. Das Schiff hat unterwegs die beiden anderen Schrauben verloren.

Es handelt sich dabei um keinen Sabotageakt — so wird offiziell bekanntgegeben.

Blutige Wahlversammlung in Irland.

In einer Wahlversammlung der Partei von Cosgrave kam es zu blutigen Zusammenstößen mit den Anhängern De Valeras. Auf beiden Seiten wurde geschossen. Etwa 30 Personen wurden dabei verletzt. Die Polizei machte dem Straßenkampf mit Gummiknüppeln ein Ende.

Die französische Kammer und der Senat treten am Dienstag wieder zusammen. Die kürzlich neugewählten Senatoren treten dabei ihre Tätigkeit an. Im Senat haben die Radikalsocialisten künftig 164 Sitze und damit die absolute Mehrheit.

Die Abschaffung der Strafkolonie wird französischen Zeitungsnachrichten zufolge, noch im Laufe dieses Jahres erfolgen. An Stelle der Strafkolonien in Guinea werden Gefängnisse in Frankreich treten. Außerdem wird die Todesstrafe nicht mehr, wie bisher, auf öffentlichen Plätzen ausgeführt werden.

Friede am Amazonas

Einstweilen für 90 Tage ist zwischen den Regierungen von Peru und Kolumbien auf eine Anregung Brasiliens ein Waffenstillstand geschlossen worden. So wird es aus Lima (Peru) gemeldet. Die beiden Regierungen haben sich bereit erklärt, unter Leitung Brasiliens Verhandlungen über eine Revision des peruanisch-kolumbianischen Grenzvertrags zu führen.

Weshalb hat nicht der Völkerbund einen solchen Vertrag durchgesetzt?

Polizeikugeln gegen eine Demonstration in Italien.

In Monte San Giacomo bei Salerno (Italien) fand am Sonnabend eine große Kundgebung statt. Ein Demonstrationstrupp von etwa 300 Personen marschierte vor das Rathaus

der Nachbargemeinde. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Angeblich griff die Menge die Polizisten mit Steinen an und verwundete zwei Carabinieri. Diese schossen und töteten drei Personen. Vier weitere wurden verletzt. Die Führer der Demonstration wurden verhaftet.

Terror in Litauen.

(Bericht eines litauischen Genossen.)

T. Der sozialdemokratische Genosse Kazlauskas starb am 30. Dezember 1932 in Kowno an den Folgen einer achtjährigen Zuchthausstrafe. Die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften und die Jugendorganisation „Ziezirba“ („Funke“) riefen die Arbeiterschaft zur Teilnahme an der Beerdigung auf. Mehr als 1000 Genossen folgten dem Aufruf und versammelten sich am 31. Dezember, um dem verstorbenen Genossen das letzte Geleit zu geben. Die Straßen in der Umgebung des Krankenhauses waren vorher bereits polizeilich abgesperrt worden, die Musikkapelle der Arbeiter wurde verhaftet. — Trotzdem konnte die Demonstration nicht verhindert werden. Vor dem Friedhof kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Mehrere Genossen wurden verwundet. Die Polizei verhaftete einige Demonstranten.

Das litauische Kriegsgericht verurteilte eine achtzehnjährige Kommunistin zu 9 Jahren Zuchthaus, weil sie am Grabe des Kindes eines Kommunisten eine Rede gehalten hatte, die dem faschistischen Regime Litauens mißfiel.

Aufbruch in Barcelona.

Am Sonntagabend kam es in Barcelona zu schweren Unruhen. Die Syndikalistischen und Kommunisten haben angeblich gemeinsam eine Infanteriekaserne und das Gebäude der Polizeidirektion gestürmt. Der gesamte Verkehr in der Stadt

betrachteten es vor dem Kriege sowohl national wie international als ihre ausschließliche Aufgabe, innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Gesellschaft für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Berufsgenossen zu wirken. Sie kämpften für die Verbesserung der Löhne, für Verkürzung der Arbeitszeit, für soziale Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter, aber alle anderen Fragen und ganz besonders die Frage der Kriegsbekämpfung wurden als politische Fragen betrachtet, mit denen die Gewerkschaftsbewegung sich nicht zu befassen habe, und deren Behandlung ausschließlich den politischen Parteien überlassen bleiben mußte. Als im Jahre 1905 die französische Gewerkschaftszentrale beim damals bestehenden Internationalen-Sekretariat den Antrag stellte, auf die Tagesordnung der folgenden internationalen Gewerkschaftskonferenz auch die Frage der Kriegsbekämpfung zu setzen, da hielt der Leiter des internationalen Gewerkschaftssekretariats unter allen angeschlossenen Organisationen eine Umfrage, um von ihnen zu erfahren, ob nach ihrer Meinung der Bitte der französischen Gewerkschaften Rechnung getragen werden solle. Mit einer einzigen Ausnahme beantworteten alle angeschlossenen Organisationen die Frage in verneinendem Sinne. Das Ersuchen der Franzosen wurde zurückgewiesen, und die Ablehnung wurde, besonders von den deutschen Gewerkschaften, folgendermaßen begründet:

„Internationale Konferenzen der gewerkschaftlichen Landessekretäre haben den Zweck, internationale gewerkschaftliche Beziehungen zu festigen und sollen nicht zu einem Diskutierklub werden, in dem theoretische Fragen erörtert werden.“

Ich stehe nicht an, zu wiederholen, was ich schon früher gesagt habe: Daß der Krieg im Jahre 1914 ausbrechen konnte, daran trägt die Gewerkschaftsbewegung dadurch, daß sie die Bekämpfung der Kriegsgefahr immer abgelehnt hatte, einen großen Teil der Schuld. Hätten sich die Gewerkschaften schon vor 1914 mit der Bekämpfung des Militarismus und der Kriegsgefahr befaßt, so hätten sie eine emsige Propaganda gegen den Krieg geführt und diese Propaganda vor allem in die Arbeiterschaft selber hineingetragen, vielleicht oder sogar wahrscheinlich wäre dann die geistige Einstellung der Arbeiter in den verschiedenen Ländern eine solche ge-

wesen, daß es sich die Machthaber doch ein klein wenig überlegt hätten, bevor sie die Kriegserklärung losließen, und jedenfalls wäre der völlige Zusammenbruch der internationalen Arbeiterbewegung beim Kriegsausbruch nicht möglich gewesen. In jedem Lande hätte es dann Tausende und Abertausende von Arbeitern gegeben, die sich geweigert hätten, der nationalen Fahne zu folgen und dafür die internationale Fahne im Stiche zu lassen. Aber ich wiederhole: die Arbeiterschaft in allen Ländern hat während der Jahre 1914, 1915, 1916, 1917, 1918 und in den Jahren, die auf den Weltkrieg folgten, schwer für ihre Unterlassungssünde gebüßt.

Was jedoch vor dem Kriege unterlassen wurde, und was erreicht worden wäre, das hat der Krieg selber vermocht. Dieselben Gewerkschaftler, die vor dem Kriege der Meinung waren, Bekämpfung des Militarismus und Kriegsbekämpfung seien rein politische Fragen, über die man allenfalls in der politischen Partei diskutieren könne aber nicht in der Gewerkschaftsbewegung, dieselben Gewerkschaften waren die ersten, die, als sie unmittelbar nach Kriegsende zum ersten Mal wieder zusammen kamen, als selbstverständlich beantragten und beschlossen, daß in Zukunft auf ihr Arbeitsprogramm die Bekämpfung von Militarismus und Kriegsgefahr als erster Punkt zu setzen sei. Zunächst waren es die Transportarbeiter, die auf ihrem ersten internationalen Kongresse in Oslo im März 1920 in einer Resolution, die keinen Zweifel über ihre Ansichten bestehen läßt, den Willen bekundeten, den Krieg mit allen Mitteln zu bekämpfen. Nach ihnen kamen die Bergarbeiter, die Metallarbeiter, und im November 1920 faßte auch der Internationale Gewerkschaftsbund, die Zusammenfassung der nationalen Gewerkschaftsverbände, ebenfalls eine Resolution, worin klipp und klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, den Krieg zu bekämpfen mit allen Mitteln, einschließlich des Mittels des internationalen Generalstreiks, und daß es Aufgabe der Organisationen sei, noch bevor die Gefahr drohe, durch eine fortgesetzte, systematische Propaganda die Arbeiterschaft mit einem anti-kriegerischen Geiste zu durchdringen, damit sie bereit und imstande sei, im Falle einer drohenden Kriegsgefahr die für den Kampf nötigen Opfer zu bringen. (Fortsetzung folgt.)

Weltfriede und Arbeiterbewegung.

Von Edo Fimmen,

Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

II.

Zwei Jahre später kam dann der Augenblick, wo die Internationale die Beschlüsse von Stuttgart und Basel in die Tat umsetzen sollte. Wir wissen, daß die Zweite Internationale und die ihr angeschlossenen Parteien in den kritischen Tagen der Monate Juli und August 1914 noch viel jämmerlicher versagt haben, als die viel schwächere Internationale Arbeiter-Assoziation im Jahre 1870. In allen Ländern, sowohl in den Ländern, die in den Krieg hineingezogen wurden, als auch in den Ländern, welche aus politischen oder militärtechnischen Gründen neutral bleiben durften, wurde die Internationale vergessen und verleugnet. Die Arbeiter strömten zu den Fahnen des eigenen Landes, empfanden die Gemeinschaft mit der feindlichen Klasse im eigenen Lande als stärker, als die bisher immer betonte Gemeinschaft und Gesamtinteressen der Arbeiter aller Länder der international verbundenen kapitalistischen Klasse gegenüber. Die Arbeiter der zu der sozialistischen Internationale gehörenden Organisationen und Länder zogen gegeneinander in den Krieg, im Interesse der Herrschenden ihres Landes. Die Internationale wurde verraten. Vier Jahre Krieg haben die Arbeiter schwer büßen lassen für diesen Verrat. Millionen und Abermillionen sind auf den Schlachtfeldern gefallen, Millionen sind für ihr ganzes Leben verstümmelt aus dem Kriege heimgekehrt, Millionen von Männern, Frauen und Kindern sind daheim elend verkommen; unendliche Werte sind durch den Krieg vernichtet.

Die Verantwortung der Gewerkschaftskollegen.

Wenn trotzdem festgestellt werden muß, daß die politischen Parteien der Arbeiter die Notwendigkeit der Bekämpfung des Krieges wenigstens theoretisch erkannt haben, mit den Gewerkschaften stand es anders. Die Gewerkschaften

Zum neuen Arbeitsbeschaffungs-Geschwätz.

Rpt. Die Reichsregierung hat am 6. Januar die erwarteten Durchführungsbestimmungen für Arbeitsbeschaffung erlassen.

Die Bestimmungen entsprechen weitgehend den bereits mehrfach erfolgten Ankündigungen über das 500-Millionen-Programm. Wichtig ist, daß die Arbeiten sich vorwiegend auf Instandsetzung, Verbesserung und Vollendung vorhandener Anlagen erstrecken sollen. Bei Einhaltung dieser Bestimmung hat der Unfug ein Ende, daß zur Arbeitsbeschaffung eine neue Straße, eine neue Brücke gebaut wird, während daneben eine alte Straße, eine alte Brücke verfallen, weil es an Mitteln zur Instandsetzung fehlt.

Im wesentlichen sollen offenbar die Gemeinden zur Arbeitsbeschaffung Schulden machen und die Träger der Arbeiten sein. Doch sollen die Arbeiten grundsätzlich nicht in öffentlicher Regie geleistet werden. Sie sollen an Unternehmer vergeben werden. Diese erhalten dadurch bekanntlich die Möglichkeit, Steuergutscheine wegen Mehrbeschäftigung von Arbeitern zu ergattern. Nach § 5 der neuen Bestimmungen soll diese Zuteilung von Steuergutscheinen bei der Preisgestaltung „berücksichtigt“ werden. Ob diese „Berücksichtigung“ so weit gehen soll, daß den Unternehmern aus der Zuteilung von Steuergutscheinen bei öffentlichen Aufträgen kein Vorteil erwächst, wird nicht gesagt und ist wohl auch nicht beabsichtigt.

Von Steuergutscheinen, die als Sicherheit für die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms hinterlegt werden sollen, ist in den neuen Bestimmungen nicht die Rede. Doch soll es offenbar dabei bleiben, daß von den 700 Millionen Mark Steuergutscheinen, die ursprünglich als Einstellungsprämien für Arbeitgeber bestimmt waren, 500 Millionen Mark abgezweigt werden; sie sollen zum Teil bei der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Öffa), zum Teil bei der Rentenbank-Kreditanstalt hinterlegt werden.

Um das 500-Millionen-Mark-Arbeitsbeschaffungsprogramm ist furchtbar viel geredet und geschrieben worden; der Schäferhund hat sich in Presse und Rundfunk wirklich „getummelt“. Was bedeutet es?

Wir erinnern: Viel war auch unter der Regierung P a p e n die Rede von öffentlicher Arbeitsbeschaffung. Fast jeden Tag wurden neue Mitteilungen herausgegeben; das eine Mal über Wohnungsbauten, das andere Mal über Meliorationen, das dritte Mal über den Rügendam, das vierte Mal über das Abwracken von Schiffen und den Bau von Heringsloggern. Was ist außer viel Geschwätz und viel bedrucktem Papier dabei herausgekommen? Wieviel Arbeit ist bisher „beschafft“ worden? Nach einer Berechnung der „Frankfurter Zeitung“ ist unter der Regierung P a p e n — abgesehen von den Reichsbahn- und Reichspost-Aufträgen an die Industrie — ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 207 Millionen Mark beschlossen worden; davon wurde bis Ende 1932 ein Zehntel, also rund 20 Millionen Mark, bewilligt. 20 Millionen Mark, das ist ein Aohthundertstel der Ausgaben der öffentlichen Körperschaften im Jahre 1932! Fürwahr:

Bei der öffentlichen Arbeitsbeschaffung unter P a p e n hat es sich um nichts als Geschwätz gehandelt. Dieses Geschwätz war wichtig, außerordentlich wichtig. Denn es diente zur Ablenkung.

Es diente dazu, gläubige Staatsbürger über die Tatkraft der Regierung zu beruhigen. Diese Tatkraft war vorhanden! Nur richtete sie sich auf die Erhaltung feudaler und kapitalistischer Herren. Für die Beschaffung von Arbeit blieb nur Schreib- und Sprechkraft übrig.

Lassen wir uns durch die Ziffer 500 000 000 Mark nicht blenden! Bei dem neuesten Arbeitsbeschaffungsprogramm handelt es sich im Grunde nur um folgendes:

1. Den Gemeinden sind seit Beginn der Wirtschaftskrise außerordentlich hohe Lasten zur Unterstützung von Erwerbslosen aufgeladen worden; gleichzeitig erhielten sie vom Reich

geringere Steuermittel als vordem. Die Gemeinden können infolgedessen wichtige Instandsetzungsarbeiten nicht aus eigenen Mitteln finanzieren. Das Reich hilft ihnen jetzt dazu, daß sie die notwendigen Summen, die es selber ihnen vorhalten hat, leihen können. Die Gemeinden werden dafür sorgen, daß bei den nun nachzuholenden Instandsetzungsarbeiten in erster Linie Wohlfahrtserwerbslose beschäftigt

werden. Dadurch wird ihre Finanzlage zunächst erleichtert. Später wird die Schuldentilgung sie um so mehr drücken!

2. Bei dem Arbeitsbeschaffungsverfahren werden Beamte an fünf Stellen beschäftigt. Ueber die Verteilung der Mittel entscheiden nämlich im trauten Verein fünf Instanzen: die Gemeinden, die Landesbehörde, das Landesarbeitsamt, die Öffa und der Schäferhund, genannt Arbeitsbeschaffungskommissar.

Kurz: Es handelt sich auch dieses Mal in erster Linie um Arbeitsbeschaffungsgeschwätz.

„Deutscher Arbeitsdienst.“

Wohl um einem „dringenden Bedürfnis“ abzuhelfen, erscheint seit zwei Jahren halbmonatlich die Zeitschrift „Deutscher Arbeitsdienst“, deren erstes Januarheft 1933 uns vorliegt. In diesem Heft nehmen „führende Persönlichkeiten der im Arbeitsdienst tätigen Fachverbände und politischen Organisationen aller Richtungen“ Stellung zum freiwilligen Arbeitsdienst, wovon uns jedoch eigentlich nur diejenige des Leiters des „Sozialen Dienstes“ interessiert, die wir anschließend abdrucken. Sonst enthält das Heft nichts, was die Existenzberechtigung der Zeitschrift schlüssig beweisen könnte. Preis jährlich 9,60 Mark! Zu beziehen vom Verlag „Deutscher Arbeitsdienst“ (Bremen).

Die freien Gewerkschaften und republikanischen Verbände zum Arbeitsdienst.

Die Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung beteiligen sich aktiv am freiwilligen Arbeitsdienst um seiner sozialpädagogischen Wirkungsmöglichkeiten willen. Die Praxis hat im übrigen bewiesen, daß der freiwillige Arbeitsdienst vom ökonomischen Standpunkt aus durchaus problematisch bleibt. Dennoch ist die Arbeiterbewegung bereit, alle Wege, auch den des freiwilligen Arbeitsdienstes zu gehen, um den vollständigen Verfall der Lebens- und Arbeitskraft der erwerbslosen Jugend zu verhüten. Der freiwillige Arbeitsdienst ist ein Notbehelf. Die wichtigste Aufgabe bleibt: Durch einen strukturellen Umbau des gesellschaftlichen Ganzen der erwerbslosen Jugend den Weg frei zu legen für

ihre Wachstum und ihren Gestaltungswillen. Ich halte es durchaus für eine ideologische Uebersteigerung, wenn man im Arbeitsdienst Möglichkeiten für die Schaffung einer „neuen Volksordnung“ erblickt.

Eine Arbeitsdienstpflicht lehnen die sozialistischen Arbeiter — im Einklang mit der deutschen Tradition der Selbstverwaltung und im besonderen mit dem Freiherrn vom Stein — mit aller Schärfe ab. Wir hoffen, daß sich Deutschland noch nicht soweit selbst entfremdet hat, daß es sich den Balkan zum Beispiel nimmt. Im Zuge dieser Auffassung bekämpfen wir alle Versuche zu einer Militarisation des Arbeitsdienstes und fordern eine Kontrolle der Arbeitslager in bezug auf ihre sozialpädagogischen Ausgestaltung. Ein deutscher Arbeitsdienst ist nur möglich in den Formen der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Verbände. Allerdings ist es notwendig, alle diejenigen Verbände vom freiwilligen Arbeitsdienst auszuschließen, die die erwerbslose Jugend nicht repräsentieren.

Inhalt und Form der gegenwärtigen Führerschulung fordert zum Teil zu schärfster Kritik heraus. Eine einheitliche Gestaltung der Führerschulung in sozialpädagogischer Hinsicht ist zur Zeit eine der dringendsten Aufgaben.

Die Organisationen der Arbeiterbewegung sind in den Arbeitsgemeinschaften des „Sozialen Dienstes“ zusammengeschlossen. Zur Zeit sind etwa 30 000 junge Erwerbslose von den Hilfsmaßnahmen des „Sozialen Dienstes“ erfaßt.

Dr. Walter Pahl, Leiter des „Sozialen Dienstes“.

Reichsarbeitsgemeinschaft der „Dienstträgerverbände“.

Am 7. Januar haben sich sämtliche großen Verbände, die „Träger des Dienstes“ im Freiwilligen Arbeitsdienst sind, das heißt in eigenen Lagern Arbeiten im Auftrage anderer durchführen, zu einer „Reichsarbeitsgemeinschaft der Dienstträger-Verbände“ zusammengeschlossen. Das Ziel dieser Arbeitsgemeinschaft ist der „planmäßige Ausbau des Arbeitsdienstes in Verbindung mit dem Reichskommissar“. Der „Reichsarbeitsgemeinschaft der Dienstträger-Verbände“ gehören unter anderem folgende größeren Organisationen an: Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, der nationalsozialistische Verein für Umschulung, der Soziale Dienst, die evangelische Zentralorganisation für den FAD, das Katholische Heimatwerk, der DHV, die Technische Nothilfe, die Deutsche Turnerschaft, der Reichsbund für Arbeitsdienst und die Deutsche Studentenschaft.

Die Zusammensetzung dieser „Arbeitsgemeinschaft“, der sich leider auch der „Soziale Dienst“ angeschlossen hat, läßt nichts gutes ahnen für die Arbeit, die dort geleistet werden wird. Es ist ein weiterer Schritt in Richtung der verhängnisvollen Entwicklung zur systematischen Militarisation der deutschen Jugend durch „Erfassung“ im FAD. Dazu dürfte sich der freigewerkschaftliche „Soziale Dienst“ nicht hergeben, zumal es sich angeblich um ein völlig freiwilliges Unternehmen handelt und also die Zugehörigkeit zur Reichsarbeitsgemeinschaft nicht etwa Vorbedingung der Zulassung einer Organisation als „Träger des Dienstes“ ist. In der nationalen Presse wird auch bereits triumphierend mitgeteilt,

daß dieser Zusammenschluß „seine große Bedeutung vor allen Dingen darin“ habe, „daß über politische und weltanschauliche Unterschiede hinweg seit der Revolution von 1918 . . . zum ersten Mal eine gemeinsame Front der Bünde . . . zustande gekommen“ sei! Damit begeben sich also offiziell die beteiligten proletarischen Organisationen vom Boden des Klassenkampfes auf den der „Volksgemeinschaft“ mit der herrschenden Klasse der Ausbeuter!

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Dienstag, 10. Januar, 20 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35, (Nähe Alexanderplatz). Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Betriebskollegen an die Abwehrfront! Redner: Gustav Heckmann. Freie Aussprache. Eintritt 20 Pfennig. Erwerbslose 10 Pfennig.

Hamburg: Donnerstag, 12. Januar, 20.15 Uhr, Volkshaus, Sachsenstraße 21. Thema: Kampf dem Schleicher-Kurs! Redner: Erna Mros (Essen).

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler. Berlin Anzeigen: R. Lipmann. Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH. Berlin SW 19. Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29

BRUNO GLUCHOWSKI
HOHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR (52)
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

Salbungsvolle Worte werden gesprochen, triefen von Mitgefühl für die trauernden Hinterbliebenen und von „ehrlichem Schmerz um die braven Knappen, die fern von ihren Lieben im dunklen Schoß der Erde einen jähen Tod fanden in der Blüte ihrer Jahre und auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft“. Alle Redner: Oberbürgermeister, Parlamentarier, Reichs- und Staatsminister, Bergwerksdirektoren und geistliche Würdenträger geloben feierlich, alles einzusetzen für das Wohl der Bergarbeiter und den trauernden Hinterbliebenen nach besten Kräften zu helfen. Leere Worte sind es, die schnell im Winde verwehen und von dem Weinen der nach Hunderten zählenden nächsten Angehörigen der Toten über-tönt werden. Vor dem Zechentor wird Murren und höhnisches Zurufen laut.

Die Kapelle intoniert den Chopinschen Trauermarsch, stärker wird das Weinen und Schluchzen. 44 schwarzverhängte Wagen, mit je 4 Särgen darauf, fahren zum Zechentor hinaus, zu beiden Seiten flankiert von Knappen in ihrer altertümlichen Tracht. Unter Trauerklängen bewegt sich der endlose Leichenzug zum Friedhof, aller Häupter entblößen sich beim Anblick der Unmasse von Särgen. In ein Massengrab werden sie getragen, Frauen und auch Männer brechen ohnmächtig zusammen beim letzten Abschied von den geliebten Toten. Ein Krankenfahrzeug, von zwei jungen Männern geschoben, kommt den Hauptweg des Friedhofes heraufzufahren, hält vor der Masse der Trauernden. Ein weißhaariger Mann in noch jungen Jahren steigt heraus, begibt sich, von seinen beiden Kameraden gestützt, die Stufen herunter, die in das Massengrab mit den acht Reihen von Särgen führen. Für einen Moment schauen die Menschen auf. Staunen im Blick.

Der dort unten zwischen den toten Kumpels einhergeht und auf jeden Sarg eine rote Rose legt, ist Günther Gerling, der Bergarbeiterdichter. Aus dem Krankenhause hat er sich beurlauben lassen, nimmt jetzt Abschied von seinen toten Kumpels. An jedem Sarg verharrt er einige Sekunden, bewegt seine Lippen wie in einem Zwiegespräch mit dem Toten. Als er an den Sarg Ladewigs kommt, neben dem die der anderen 28 Toten stehen, die am Gesenkschacht ihr Leben ausgehaucht haben, übermannt ihn die Erinnerung an die furchtbaren, dort verlebten Stunden. Tränen quellen aus seinen Augen, sein weißes Haar flattert im Winde. Günther Gerling hält seinen Kumpels die Leichenrede:

„Kumpels, liebe, treue Kumpels, die ihr nun von uns gegangen seid für immer. Gemeinsam haben wir geschafft in der Grube, gemeinsam haben wir Freud und Leid geteilt; gemeinsam seid ihr gestorben, dahingerafft von einem Tode, den keiner sich vorstellen kann, der ihm nicht Auge in Auge gegenübergestanden hat. Ihr wart treu, ihr habt euer Leben einer für den anderen eingesetzt, ihr wart eines besseren Lebens und eines besseren Todes würdig. Wir, die wir euch überlebt haben, wir tragen die größte Trauer um euch im Herzen, denn wir haben euch gekannt, wie ihr in der Grube wart, in jenem Gebiet, in dem einer auf den anderen gestellt ist. Wir haben eure Schmerzen erlitten, wir haben eure Demütigungen ertragen, wir waren stets Kumpels, einer für alle, alle für einen. Wir werden euch niemals vergessen und in unseren Herzen wird das Andenken an euch nicht verlöschen. Eine Pflicht euch gegenüber ist uns erwachsen, euer Vermächtnis gilt es zu erfüllen. Wir Kumpels, die wir vom schwarzen Tod verschont worden sind, wir Ueberlebenden geloben in dieser Stunde, alles einzusetzen, daß euer Sterben nicht vergebens war, daß aus euren Gräben hervorsprießt die Saat, der Keim zu einem besseren Leben, zu besseren Bergarbeiterverhältnissen. Unsere Lösung wird sein: Kampf, und nochmals Kampf für die Erfüllung der Forderungen des Kumpels, damit ein solches Massensterben in Zukunft unmöglich sein wird. Wir sprechen keine leeren Worte, wir werden unser Versprechen in die Tat umsetzen, und das recht bald. Dann werden die Kumpels wieder in die Gruben

einfahren, nicht als vorsklatvtes, geknechtetes Arbeitsvieh, sondern als freie Arbeiter, deren Beruf man die Achtung entgegenbringt, die ihm gebührt. Wir scheiden von euch, Trägern im Auge, im Herzen die Trauer, vergessen aber werden wir euch nie!“

Diese Worte rühren an die Herzen der Trauernden, wirken mehr als alle Reden der prominenten Teilnehmer der Trauerfeierlichkeiten auf dem Zechenplatz. Aller Augen richten sich auf den Kumpel mit dem weißen Haar, den blauen hageren Gesichtszügen und den dunklen Augen. Erschöpft lehnt der sich gegen den Sarg Ladewigs, sinkt dann zusammen. Sanitäter springen hinzu, bringen ihn fort. Er ist der 177. Tote von Westfalia. Die Masse der Angehörigen zerstreut sich langsam, ein einziges Trauerhaus ist heute die Kolonie Annendorf. Schnee fällt in dichten Flocken auf das Massengrab, der erste Schnee des Winters. Die Natur entbietet den toten Kumpels ihren letzten Gruß.

Unablässig kreisen die Seilscheiben, hallen Signale zum Maschinenhaus, rollen Kohlenwagen zur Kippe. 176 Bergleute wurden begraben, keinen Augenblick stockte darum auf den anderen Zechen die Förderung. Kohlen werden auf den Halden zu Haufen gekippt, zehn Millionen Tonnen lagern auf den Zechenplätzen. In ihren Barackenwohnungen zittern die erwerbslosen Kumpels vor Kälte, weil sie sich keine Kohlen kaufen können, und auf den Zechenhalden werden die aufgetürmten Kohlen immer wertloser. Die Hungerpeitsche schwebt über dem Ruhrgebiet, in ihren Gruben schufteten die Kumpels für erbärmlichen Lohn. Nicht lange mehr werden sie niedergedrückt leben, dann werden sie sich erheben mit den anderen Arbeitern, um sich ein freies Deutschland zu schaffen, in dem jeder von der Arbeit seiner Hände oder seines Kopfes leben kann.

Dann werden alle Seilscheiben wieder kreisen im Ruhrgebiet, dann werden alle Kumpels wieder in die Gruben einfahren, dann wird ein machtvoller Sang das Ruhrgebiet durchbrausen: Kohle, schafft Kohle, für alle!

— Ende. —

